

Erscheint täglich außer Sonntagen.
Zusätzlich Abendausgabe des „Vorwärts“. Bezugspreis
beide Ausgaben 85 Pf. pro Woche, 3,60 M. pro Monat.
Redaktion und Expedition: Berlin SW 68, Lindenstr. 3

Spätausgabe des „Vorwärts“

Anzeigenpreis: Die einseitige Nonpareilzeile
80 Pf., Reklamzeile 5 M. Ermäßigungen nach Tarif.
Postfachkonto: Vorwärts-Verlag G. m. b. H.,
Berlin Nr. 37536. Fernsprecher: Dönhofs 292 bis 297

Anflage gegen Lübeck.

Soll die Schuld der verantwortlichen Ärzte vertuscht werden?

Das Kindersterben von Lübeck ist noch nicht zu Ende — aber schon sind Bemühungen im Gang, um die Schuldigen zu decken. Reichstagsabgeordneter Dr. Julius Moser schreibt uns darüber:

Den Verdacht, den wir gleich zu Beginn des Lübecker Totenzuges ausgesprochen haben, daß von gewisser ärztlicher Seite versucht werden wird, die Schuldigen zu schützen und die Affäre möglichst im Sande verlaufen zu lassen, bestätigt sich vollinhaltlich. Jetzt sind wir glücklich so weit.

Noch immer nimmt das Sterben kein Ende, wieder sind Kinder gestorben, bis zur Stunde schon 28, und mehr als 100 liegen noch krank, — aber um Lübeck ist es merkwürdig ruhig geworden.

Die Herren Doktoren Altschädt und Deycke sind noch immer im Amte. Ihnen genügt offenbar der erste Beschluß der Bürgerschaft auf Suspendierung noch nicht. Sie müssen noch die zweite Lesung des Antrages abwarten — obwohl es ratsamer gewesen wäre, sie wären diesem Beschlusse freiwillig zuvorgekommen. Es genügt ihnen nicht, daß die Lübecker Bevölkerung von tiefster Misstrauen gegen sie erfüllt ist, ihnen genügt nicht die Misstrauensnoten der Eltern der ums Leben gekommenen Kinder, sie bleiben als Angeschuldigte seelenruhig weiter im Amte und führen die Geschäfte weiter. Sie sind um ihre Gemütsruhe wirklich zu beneiden. Als wollten sie sagen: Just und trotz alledem. Trotz 28 toten Kindern!!

Es bleibt merkwürdig ruhig um Lübeck. Da arbeitet eine Untersuchungskommission des Reichsinnenministeriums — sicherlich sehr gewissenhaft und sorgfältig —, sie hält sich in Scham, bis sie handgreifliche Resultate erzielt hat. Sehr lobenswert! Immerhin könnte man doch erwarten, daß sie zur Beruhigung der erregten Bevölkerung und namentlich der verzweifelten Eltern der schwer kranken Kinder, die um das Leben der Kleinen bangen, doch ein Sterbenswörtchen verkünden lassen könnte. Wir wissen, daß sie vor einer schweren Aufgabe steht. Die Tuberkulaturen, die den Tod brachten, sind weggeschüttet worden, viel wird, so fürchten wir, überhaupt bei der ganzen Untersuchung nicht herauskommen. Aber darum handelt es sich ja nicht. Die Bevölkerung ist gänzlich so neugierig zu wissen, wie es zu einer Berureinigung des Impfstoffes oder zu einem anderen Versehen gekommen ist. Damit wird kein totes Kind zum Leben gebracht werden. Sie ist viel begieriger darauf, zu erfahren,

wie die Kommission das Vorgehen der verantwortlichen Ärzte beurteilt.

Und dazu ist unseres Erachtens keine wochen- oder gar monatelange Untersuchung nötig. Hier handelt es sich ganz einfach um folgende Fragen:

1. Haben die Ärzte pflichtgemäß gehandelt, als sie ein Mittel angewandten, das heute noch in der Wissenschaft absolut umstritten ist? Medizinische Autoritäten von Rang und Ansehen bezeichnen es als gefährlich, ja tobringend (Cignières, Plaqueu u. a.), andere als zwar ungefährlich aber wirkungslos (Schloßmann), andere bezweifeln überhaupt die Richtigkeit der Calmetteschen Statistiken? Daß unter solchen Umständen eine Gesundheitsbehörde das Mittel an Hunderten von Säuglingen ausprobieren?

2. Haben die Ärzte pflichtgemäß gehandelt, als sie die „Einwilligung“ der Eltern durch die Vorpiegelung der falschen Tatsache erzielten, das Mittel sei erprobt und bewährt, wobei sie bemüht die Einwände der Gegner verschwiegen? Heute erklären die Lübecker Eltern, sie hätten nie und nimmer ihre Zustimmung gegeben, wenn sie gewußt hätten, daß von wissenschaftlicher Seite so schwere Bedenken vorgebracht worden sind, daß es sich also um ein Experiment handelt.

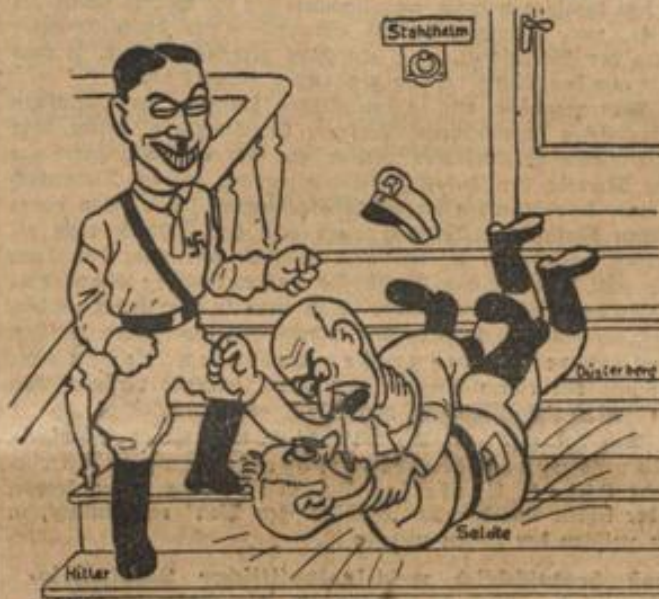
3. Haben die Ärzte pflichtgemäß gehandelt, als sie nach den ersten Erkrankungen und Todesfällen die Anwendung des Calmetteschen Verfahrens noch immer fortsetzten? Ist es nicht ein erschütternder Beweis schlechten Gewissens, daß sie nach Angabe der Lübecker Eltern nach Eintritt der katastrophalen Scheinpräparate verteilten, um den Totbestand zu verwirren?

Um diese berufsethischen Verfehle der Lübecker Gesundheitsbehörde öffentlich festzustellen, braucht die Kommission nicht Wochen und Monate zu untersuchen. Jeder Mensch mit Pflichtgefühl kann hier sofort eine Antwort geben.

In Lübeck wird die Untersuchung auf ein falsches Gleis geschoben.

Selbstverständlich müssen auch die technischen Ursachen des Unglücks festgestellt werden. Aber damit ist die Aufgabe der Kommission (Fortsetzung auf der 2. Seite.)

Stahlhelmdämmerung



Wenn zwei sich prügeln, freut sich der Dritte.

Zeppelin über Lissabon.

Die portugiesische Küste erreicht.

Lissabon, 5. Juni.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ erreichte um 10.50 Uhr (M.E.Z.) die portugiesische Küste bei Cascaés an der Mündung des Tejo und überflog bald darauf die im Hafen von Lissabon ankernden deutschen Kriegsschiffe.

Der Graf Zeppelin nahm nach der Ueberfliegung von Lissabon südöstlichen Kurs in der Richtung auf Sevilla.

Pfarrer Schenk erklärt.

Er legt die Vormundschaft nieder und befreit ein Liebesverhältnis mit Gertrud Frenzel.

Pfarrer Schenk aus Bornim erschien heute auf Vorladung vor dem Potsdamer Vormundschaftsrichter Altesor Sühning und legte die Vormundschaft über Gertrud Frenzel nieder. Der Pfarrer erklärte, daß er niemals ein Liebesverhältnis mit der Gertrud Frenzel unterhalten habe. Ferner wies er den Vorwurf der Beeinflussung gegenüber der Gertrud zurück. Das Mädchen ist bereits seit dem 26. Mai aus dem Pfarrhaus fort und in Berlin in einer Pension untergebracht. Der Aufenthalt muß geheim bleiben, da sie nach den seelischen Aufregungen größter Schonung bedarf.

Frick will verschleppen.

Er schickt Baum zu Verhandlungen.

Der thüringische Staatsminister Dr. Baum weiß heute in Berlin. Wie verlautet, beabsichtigt er mit dem Reichsinnenminister nochmals über den Konflikt zwischen dem Reich und Thüringen in der Polizeifrage zu verhandeln. Der Streit soll dann am Freitag wiederum das thüringische Kabinett beschäftigen. Nach alledem scheint der thüringischen Regierung bei ihrer Haltung gegen das Reich doch nicht ganz wohl zu sein.

Die bewaffneten Nordbänden.

Untersuchung von Hakenkreuzlern fördert Waffen zu Tage.

Der Polizeipräsident teilt mit: Bei einer am Mittwochabend im Lokal von Sigmund, Tegeler Weg 14, vorgenommenen polizeilichen Durchsuchung wurden bei Angehörigen der NSDAP. eine Anzahl Waffen gefunden. Es handelt sich um drei Scheinfopfpistolen, zwei Stahlrueten, zwei Totschlägern, ein Schlagring und eine Mauserpistole. Fünf zwangsgestellte Personen wurden nach ihrer Vernehmung entlassen.

Kommunisten als Nazifreunde.

Offenbarungen eines kommunistischen Kreisstadtmittgliedes.

In einer Reichsbannerversammlung in Idstein i. T., die sich mit dem Thema „Nationalsozialismus und Faschismus“ beschäftigte, ergriff ein kommunistischer Diskussionsredner das Wort. Seine Ausführungen verdienen allgemeines Interesse, da er, nach dem Bericht der Frankfurter „Volksstimme“, ganz offen von einer Waffenbrüderschaft der Kommunisten mit den Hakenkreuzlern sprach. Wörtlich sagte Herr Wiegand, kommunistischer Stadtverordneter in Idstein und Mitglied des Kreisstadtes:

„Wir Kommunisten stehen geschlossen zusammen mit den Nazis zum Sturz dieses Staates und dieser Gesellschaftsordnung.“

Auf Vorhalten wiederholte Herr Wiegand seine Worte noch einmal. Das sind die Früchte kommunistischer Erziehungsarbeit!

Natürlich hat Wiegand mit seinen Ausführungen gegen alle bisherigen „Generallinien“ seiner Partei verstoßen; er hat die

neuen Generallinien vorausgehakt und gleich in die Praxis eingeführt. Wie verlautet, soll Wiegand demnächst als Mitglied des Zentralkomitees der NSD. berufen werden.

Uniformverbot in Bayern.

Die Folge der politischen Schlägereien.

München, 5. Juni.

Das Bayerische Ministerium des Innern hat heute mit sofortiger Wirkung bis auf weiteres für das ganze Land alle die- jenigen Versammlungen unter freiem Himmel, insbesondere Aufmärsche, Aufmärsche, Propagandamärsche, Kundgebungen verboten, an denen sich Mitglieder von politischen Vereinigungen oder von Schutzeinrichtungen solcher Vereinigungen in einheitlicher Kleidung beteiligen.

Den Anlaß zu dieser Anordnung gaben zahlreiche Zusammenkünfte von Angehörigen verschiedener, politischer Richtungen, die im Laufe der letzten Monate wie im übrigen Reich so auch in Bayern vorgekommen sind.

Christlich-Soziale und Heimwehr.

Ein klägliches Kompromiß.

Wien, 5. Juni (Eigenbericht).

Der große Club der Christlich-Sozialen Partei faßte am Mittwoch nach endlosen Verhandlungen mit der Heimwehr eine Entschliebung, nach der zwischen dem neuen Heimwehreich und den Grundfähen der Christlich-Sozialen Partei ein „unüberbrückbarer Gegenstand“ nicht besteht. Der Beschluß wurde unter Stimmenthaltung zahlreicher Mitglieder des großen Clubs gefaßt.

Hoover und die Zollvorlage.

Washington, 5. Juni. (Eigenbericht.)

Aus einer Erklärung des Weissen Hauses, die zur allgemeinen Ueberrachung der Senatoren am Mittwochabend abgegeben wurde, ist ersichtlich, daß sich Präsident Hoover nach keineswegs an die heiß umkämpfte Zollvorlage des Senats gebunden fühlt.

Last den D-Zug laufen!

Aber gebt uns einen anderen Zug

Man sehe ja zu, daß einem der Bildungs-D-Zug mit dem Paß wegen der Berechtigungen nicht vor der Nase wegfährt. Wer den Anstoß verpaßt, ist verloren. Nicht einmal Güterbodenarbeiter bei der Reichsbahn kann er werden, höchstens noch Reichspräsident oder Minister; aber diese Stellen sind rar.

Wohlfahrer und fürsorgliche Eltern dürfen es nicht veräußen, sich frühzeitig genug mit ihren Kindern an der Sperre der Berechtigungen einzufinden. Jahnährige Knaben und Mädchen sind am geeignetsten für das Verfahren, in Ausnahmefällen geht es auch schon mit neun. Wer es hier nicht schafft, bleibt draußen.

Daß diese letzte Behauptung nicht mehr ganz unbedingt gilt, haben wir dem Umsturz von 1918 zu verdanken. Seit jenem Jahr ist Besorgung getroffen, daß besonders gewandte und befähigte Bildungsbefähigte noch sonst hier und da Gelegenheit haben, den Anstoß zu erreichen. Da ist die Aufbauschule, die auch den Dreizehnjährigen zum Abitur führt. Arbeiterkurse, Abendgymnasien und ähnliche Einrichtungen verschaffen jungen Menschen, die bereits im Beruf stehen, die Hochschulreife; selten, aber man darf es nennen.

Trotz Revolution, trotz mancher Schulreform kann man sich des sehr starken Eindrucks nicht erwehren, daß immer noch die Finanzkraft des Vaters für den Lebensweg des Kindes, soweit er Schulweg ist, größere Bedeutung hat, als das geistige Vermögen des Kindes. Der zahlenmäßige Anteil von Arbeiteröhnen und -söhnen an der Gesamtzahl der deutschen Studierenden spricht für diese betrübliche Tatsache mehr als Bände. Aber man braucht vielleicht gar nicht einmal auf die Hochschulen zu sehen; überall, wo Berechtigungen erworben werden können, befinden sich die Kinder der Besitzlosen und vornehmlich der Arbeiter in auffälliger Minderheit.

Eine andere Tatsache, die in ständiger Weise, wegen der mit ihr verbundenen gleichen Ungerechtigkeit, das gleiche Vergernis zu erwecken, muß dazu genannt werden, die nämlich, daß der Weg zu den „höheren“ Berufen überhaupt nur durch die Schulen geht, d. h. über deren Berechtigungen. Dabei ist die Frage, was nun eigentlich ein „höherer Beruf“ ist, durchaus offen. Wenn Schürzenverkäufer, Schlosser oder Güterbodenarbeiter neuerdings anscheinend dazu gerechnet werden, so liegt dem sicherlich kein verrückter Einfall zugrunde, sondern das Berechtigungsverfahren, wie es nun einmal geworden ist, treibt ganz folgerichtig auch derartige Blüten.

Ein Mann, der seine Leistungsfähigkeit dem praktischen Leben verbannt, muß schon ganz Außergewöhnliches aufzuweisen können, ehe er neben oder gar über einen anderen mit „Schulbildung“ gestellt wird. Eigentlich sind es nur die politischen Parteien und die Gewerkschaften, die sich nicht an die schulische Auswahl der Tüchtigen halten, sondern andere Formen entwickelt haben. Der Volksgenosse wäre ihnen deswegen zu Dank verpflichtet. Aber zum Glück ist dieser Tatbestand ein Stein des Anstoßes geworden, weil bei solcher Auswahl auch mal ein Fehler unterlaufen ist und ein „Unwürdiger“ nach „oben“ geklettert. Ganz so, als ob der Weg über Schule und Prüfungen nicht mit Fehlansätzen und falschen Berechtigungscheinem gepflastert wäre.

In vielen lehrhaften Abhandlungen kann man zwar lesen, daß das Schulwissen noch keine Lebensleistung garantiert, daß die Ersten von der Schulbank sich in der Praxis oft genug als die Unfähigsten erweisen. Doch was nützen solche akademischen Feststellungen, wenn immer wieder nur dem Mann mit dem „Schein“ die Chance zum Aufstieg ohne weiteres gegeben wird und der andere zusehen muß, wo er bleibt. „Freie Bahn dem Tüchtigen!“ So oft es nach dem Kriege auch ausgesprochen worden ist, immer nur kam es darauf hinaus, diesem oder jenem früher Ausgeschlossenen den Eintritt in die höhere Schule zu ermöglichen — mehr nicht und anderes nicht.

Der höheren Schule allein hat sich fast das ganze Maß von Sorge zugewandt, deren man fähig war. Sie hat man aus- und umgebaut auf die mannigfache Weise. In Berlin soll es 40 Arten geben, so tief, daß einer allein sich nicht darin zurechtfinden kann. Und kommt ein Schüler nach einer ganz anderen Stadt, so findet er seine Spezialität dort kaum vor, statt dessen eine gänzlich neue, damit er nur ja nicht auf den merkwürdigen Gedanken verfällt, Deutschland könne so etwas wie ein einheitlicher Staat sein. Fürsorge traf allerdings auch die Nachahmungen der höheren Schule, die Mittelschule, die gehobenen Züge, den Oberbau oder wie sie sonst benannt werden. Andere Namen; aber gleich im Streben, ähnlich im Inhalt, ausgezeichnet mit demselben „Schein“.

Diese Sorge wäre lobenswert, wenn man nicht die Mehrzahl der Volkskinder darüber vernachlässigt hätte. Eine Kinderarbeit, theoretisch Begabte, führt man nach oben, schafft ihr günstige Bedingungen in der Schule und — was wesentlich bedeutungsvoller ist — für das Leben. Die andere Gruppe, zusammengesetzt aus demjenigen Teil der theoretisch Begabten, bei denen das Elternhaus die Ausbildung auf höheren und Hochschulen nicht zu tragen vermag, und aus praktisch oder technisch oder künstlerisch Beranlagten und aus Unbegabten, sie läuft durch Schulen ohne Berechtigungen, ohne „Schein“ und fast bis heute ohne besonders auffällige Fürsorge. Es ist der Weg Volksschule — Berufsschule, und erst in neuer Zeit fängt man an, sich um sie gründlich zu bemühen, einzusehen, daß hier die größere Aufgabe und die tiefere Verpflichtung liegt.

Wer das verschiedene Maß der Bemühungen und der Sorge sich deutlich machen will, lese nur in den Statistiken nach, wie die Höhe der vom Staat aufgewandten Geldsumme eine ganz andere ist, je nachdem es sich um einen Schüler des Gymnasiums, der Mittelschule oder der Volksschule handelt. Der Gymnasiast darf fast dreimal so viel beanspruchen als der Volksschüler. Oder man besche die Gebäude, die Klassenräume, die Flure, die Toiletten. Man staunt und kann es nicht begreifen: jede höhere Schule erhielt selbstverständlich eine Aula — die Volksschule erhielt fast ebenso selbstverständlich keine; der höheren Schule gab man natürlich ein Klavier, einen Flügel, eine Orgel, der Volksschule gab man ebenso natürlich keins von den dreien, nicht einmal eine Zehlfarmharmonika als Ersatz. Lehrerlichkeiten, aber bezeichnend. In den letzten Jahren ist es vielfach anders geworden, anders ge-

worden in dem Maße, wie die Sozialdemokratie Gelegenheit fand, das Schulwesen umzugestalten. Aber ein Blick auf das Ganze lehrt, daß von dem bisher Versäumten erst ein kleines Stück hat nachgeholt werden können.

Der Weg Volksschule — Berufsschule wird in unserem Bewußtsein das Zentrum unserer Sorge um das Schulwesen bedeuten müssen. Die Masse der Kinder wird auch in Zukunft diesen Weg gehen, die Mehrzahl der Volksgenossen wird hier ihre Schulbildung erfahren. Diese Schule wird sich ganz eindeutig auf die Berufs- und Lebensbedürfnisse der Werttätigen aller Art einstellen müssen und sich dabei fernhalten von jeder Nachahmung der sogenannten höheren Bildung. Verfährt sie so, dann wird sie beitragen zur Ausbildung von Menschen, die auf allen Stufen der Gesellschaft auf ihre besondere Art ihren Mann stehen und auch die Berechtigung mitbringen, die offenen Plätze einzunehmen. Es werden Männer

und Frauen sein, die sich bilden ließen durch Praxis und Theorie, durch Beruf und Schule, Menschen, die am Leben denken gelernt haben, die disponieren und organisieren können, die Sach- und Menschenkenntnis besitzen, die Urteile zu fällen und Verantwortung zu tragen vermögen, die zur Führung bereit und berufen sind.

Manche Schulfrage wird allerdings noch erst dazu zu lösen sein, manche Antwort steht noch aus: Sollten wir unsere Kinder zu spät oder zu früh in die Schule? Sollen sie weiterhin mit 14 Jahren dem Beruf zugeführt werden oder besser mit 12 oder mit 16? Soll die Schulzeit verlängert werden und soll die Volksschule oder die Berufsschule anbauen? Muß die Arbeit unserer Volksschule nicht noch lebens- und gegenwartsnäher werden, und ist nicht unendlich viel veralteter und unnützer Ballast zu entfernen? Tragen die Arbeitsmethoden in unseren Schulen ein Gepräge, dem man das 20. Jahrhundert anmerkt? Wie verfahren wir den jungen Menschen, die auf dem Wege Volksschule — Beruf — Berufsschule durch Leistungsfähigkeit die innere Berechtigung nachweisen, auch die äußere Gewähr, daß ihnen keine Hochschule und keine Laufbahn verschlossen bleibt?

Last den D-Zug laufen! Wir sollen einen andern Zug bereit stellen, der auch zum Ziel führt, vielleicht gar besser. Er hat Wagon für alle Kinder. „Reisende mit Traglasten“ werden hier nicht scheel angesehen. Vorläufig fährt er noch nicht; aber wenn wir alle mit bauen helfen, hoffentlich recht bald. Aevermann.

Die Verfassung der Universitäten

Das Ende einer zaghaften Reform

Von der größeren Öffentlichkeit wenig beachtet, vollendet sich die 1919 begonnene Reform der Universitäten. Man kann fast von einem Ausschluß der Öffentlichkeit reden, der übrigens sicherlich nicht gerechtfertigt ist. Zwar haben die Universitäten im geistigen und kulturellen Leben des Volkes bei weitem nicht mehr die Bedeutung, die sie noch im vorigen Jahrhundert besaßen. Aber immer noch werden an ihnen die künftigen Richter, Oberlehrer, Klerge, Theologen, Volkswirte, höheren Verwaltungsbeamten ausgebildet. Zwar sind bedeutsame Gebiete des Forschungsweises von Instituten und gelehrten Gesellschaften außerhalb der Universitäten übernommen, zwar ist die Ausbildung der wichtigsten Pädagogen, der Volksschullehrer, nicht den Universitäten, sondern Hochschulen neuer und eigener Prägung übertragen, den Pädagogischen Akademien. Zwar gehen in den höheren Verwaltungsdienst jährlich viel Männer, die nicht die Universität, sondern das Leben für ihren Beruf vorgebildet hat. Inmerhin: es bleibt den Universitäten noch genug übrig zu tun. Jährlich lehren an ihnen Tausende von Professoren, Privatdozenten und andere Lehrer hunderttausend Studenten, von denen ein beträchtlicher Teil später in bedeutungsvollen Staatsstellungen wirken wird.

Der Öffentlichkeit kann es also nicht gleichgültig sein, wie die Universitäten aussehen, an denen das geschieht. Die Universitätsreform begann 1919 mit Vorschlägen des damaligen Staatssekretärs, Prof. Dr. Becker und einem Erlaß des damaligen Kultusministers Konrad Haenisch. Beide wiesen darauf hin, daß die Pflege der Wissenschaft unabhängig sei von bürokratischen Reformen, daß aber eine verfehlte Organisation hindern und schaden könnte. Die Hierarchie, die kastenmäßige Abkapselung der vielen verschiedenen Gruppen und Grade der Hochschullehrer, sei übertrieben und gefährlich. Die Selbstverwaltung der Universitäten, die sich übrigens nicht auf politische und finanzielle Dinge, sondern fast ausschließlich auf Fragen der Studien- und Prüfungsangelegenheiten und auf die geistige Repräsentation bezieht, müsse auf eine breitere Grundlage gestellt werden. Schließlich wünschte das Ministerium eine Beteiligung der Privatdozenten an den Geschäften der Verwaltung und stellte die Bildung einer mitarbeitenden „Studentenschaft“ zur Diskussion. Diese Vorschläge sind im Verlauf der letzten zehn Jahre im wesentlichen durchgeführt. Die Gruppe der ordentlichen Professoren, die den in erster Linie verantwortlichen Kern der Hochschullehrerschaft bildet, ist vergrößert. Veraltete Rangunterschiede sind abgebaut, wenn auch die feierlichen Vorschriften über die „Folgeordnung“ der Dozenten in den neuen Universitätsstatuten stark nach chinesischem Mandarinentum aussehen.

Die Berufung der Professoren

Die neuen Universitätsstatuten beruhen auf dem Allgemeinen Landrecht, das im 18. Jahrhundert für Preußen erlassen wurde, und auf einem Beschluß des preussischen Staatsministeriums von 1923. Viel hat sich an der Verfassung der Universitäten in den letzten 150 Jahren nicht geändert, obwohl vieles änderungsbedürftig geworden ist. Außer der Auswahl und der Erziehung der Studenten, von der in den neuen Statuten nicht die Rede ist (sie gehört in den Bereich der pädagogischen Reform, mit der endlich einmal ernst gemacht werden sollte), steht an Wichtigkeit im Vordergrund die Berufung der Professoren und die Auswahl der Privatdozenten. Wir glauben zu wissen, daß der frühere Kultusminister Dr. Becker, dessen eingehende Kenntnis des Hochschulwesens bekannt ist, über beide Fragen keine eigenen Gedanken gehabt hat. Warum er nicht versucht hat oder warum er daran gehindert war, sie auszuführen, wissen wir nicht. Der gegenwärtige Zustand, im wesentlichen unverändert seit Jahrhunderten, ist dieser: wenn eine Professur frei wird, so schlägt die zuständige Fakultät, der alle ordentlichen Professoren und Vertreter der außerordentlichen Professoren und der Privatdozenten angehören, einen oder mehrere Gelehrte für die Nachfolge dem Ministerium vor. Die nicht der Fakultät angehörenden außerordentlichen Professoren und Privatdozenten haben, wenn sie das gleiche Fach wie die freie Professur vertreten, das Recht, schriftliche Einzelvorschläge zu machen; ihre Stimme hat erfahrungsgemäß wenig Gewicht. Der Minister ist an die Vorschläge der Fakultät theoretisch nicht gebunden. Wenn eine Statistik darüber vorliegt, so würde man finden, daß in mindestens der Hälfte der Fälle das Ministerium dem Fakultätsvorschlag folgt.

Das Vorschlagsrecht der Fakultät ist aber ebenso alt wie bedenklich. Die Voten der einzelnen Professoren sind natürlich nicht frei von allerlei Menschlichkeiten; der Inhaber der Konfuziusprofessur denkt an seine Stellung und an sein Kollegium, verwandtschaftliche

und schulmäßige Rücksichten, wissenschaftliche und politische Unfallsamkeit spielen eine große Rolle, an manchen Universitäten sollen „Fakultätspäpste“ eine diktatorische Stellung haben, gegen die nur wenige aufzumucken wagen. Es fragt sich, ob das Ministerium sich stark genug ist, diesen (übrigens allseits bekannten und jährlisch gepflegten) Menschlichkeiten mit genügender Entschiedenheit entgegenzutreten. In einigen ausländischen Staaten ist man den Weg gegangen, freie Stellen öffentlich auszuschreiben und bei der Auswahl des Nachfolgers einen Ausschuß mit entscheidend zu lassen, der aus den besten Fachkennern des Landes besteht. Unsere Ministerien werden zunächst auch ohne Abänderung der formellen Bestimmungen Sicherungen einschalten können, indem man unerwünschte lokale Forderungen übergeht, die eigenen Sachverständigen sorgsam auswählt und bei der Berufung auf politische wichtige Professuren auch politische Gesichtspunkte mitsprechen läßt. Wir möchten im Interesse des Ministeriums keine Statistik darüber aufstellen, wieviel ausgesprochene Gegner des neuen Staats-Gleichgültige oder Laue auf den Professuren des Verfassungs- und Verwaltungsrechts, der Nationalökonomie, der Geschichte sitzen und wie wenige die Ideen des neuen Staats dort repräsentieren. Es ist wenig gefordert, wenn wir im Interesse der überwindenden Mehrheit des deutschen Volkes die Partitur der neuen Zeit verlangen.

Die Auswahl der Privatdozenten

Mindestens ebenso bedeutsam ist die Auswahl der Privatdozenten, die bisher ausschließlich bei den Fakultäten, genau genommen bei dem zuständigen Fachprofessor liegt. In der Debatte über die Situation an den höheren Schulen hat im Preussischen Landtag einmal das Wort Dr. Bechers von dem „Martyrium vieler republikanischer Studienräte“ eine große Rolle gespielt. Das geheime Martyrium der jungen, nicht genügend protegierten Gelehrten, die Privatdozenten werden wollen, ist ungleich größer. Da die Professoren fast ausschließlich aus den Reihen der Privatdozenten besetzt werden, ist es unverständlich, warum sich das Ministerium nicht um die Auswahl der Privatdozenten kümmert. Wenn das Ministerium die Fakultäten dabei frei schalten und walten lassen will, so muß es sich entschließen, die Fehler der Auswahl, die den Fakultäten aus hundert Gründen unterlaufen müssen, dadurch zu korrigieren, daß es freie Professuren mehr als bisher mit Männern besetzt, die nicht Privatdozenten waren. Warum sollen tüchtige Ärzte, Pfarrer, Ministerialräte, Richter, Studienräte nicht Professoren werden können? (In Ausnahmefällen geschieht das schon heute, aber es geschieht zu selten. Die Inzucht ist groß.)

Aber es wäre schon besser, man baute das Habilitationsverfahren, die Zulassung der Privatdozenten, um. Wir stellen diesen Vorschlag zur öffentlichen Diskussion: Junge Gelehrte, die mit gutem Ergebnis die Doktorprüfung bestanden und eine gewisse Zeitlang wissenschaftlich, als Assistenten oder auf andere Weise, gearbeitet haben, können sich bei einem zu gründenden Habilitationsamt für die Zulassung zum Lehramt melden. Dieses Habilitationsamt könnte aus einem Vertreter des Ministers und einigen Professoren des betreffenden Faches bestehen. Das Amt prüft die wissenschaftlichen Arbeiten des Kandidaten, die Gutachten seiner Lehrer, seine Habilitationschrift und schließlich ihn selbst auf seine Fähigkeiten als Pädagoge und als Forscher. Wenn das Habilitationsamt den Kandidaten als Privatdozenten zulaufen will, so stellt es ihm einige Fakultäten zur Auswahl, für die er sich nach seinen Fähigkeiten und seiner Persönlichkeit eignet. Dabei kann dann die betreffende Fakultät gehört werden. Man sollte dabei gleichzeitig überlegen, ob es im Interesse einer gerechteren Auswahl und größeren Unabhängigkeit der Privatdozenten nicht endlich an der Zeit wäre, den Privatdozenten die Vergütung zu gewähren, die die Gerichts- und Studienassessoren erhalten. Diese Vergütung könnte auf eine bestimmte Zeit, etwa auf fünf Jahre befristet werden und widerruflich sein. Der jetzige Zustand, daß die Privatdozenten sich durch Hungeren müssen, wenn sie nicht Privatvermögen haben oder, übrigens zum Glück zum Glück, Ersparnisse oder Gehälter anderer Art, die durch den Staat (aber Stipendien) erhalten, ist ungesund aufrecht zu erhalten. Das Privileg der Besitzenden ist nirgends so unangebracht wie in der Wissenschaft. Wer sich für die höchsten wissenschaftlichen Stellen eignet, verdient die Unterstützung der Allgemeinheit. Aber die Allgemeinheit muß dann auch sicher sein, daß die Auswahl der Geeigneten durch ein Kollegium erfolgt, das die Interessen der Wissenschaft und des Staats kennt und berücksichtigt.

Es wäre gut, wenn sich der neue Kultusminister dieser außerordentlich wichtigen, dennoch aber anscheinend verpönten Ecke der Universitätsreform annehmen würde. Dr. Otto Bencke.

Beschäfts-Anzeiger

Bezirk Norden-Osten.

Stempelfabrik
Werner & Schade
Berlin N, Kastanienallee 43
Fernsprechanruf Humboldt 1011-101
Liefert
Kautschuk- und Metallstempel prompt

Für den Herrn
kauft man gut und preiswert
Hüte, Mützen, Oberhemden,
Krawatten, sowie alle modernen
Herrenartikel im Spezialgeschäft
Paul Menzel
Köpenick, Schloßstraße 17.

Bau- und Innenausbau
Max Iden
N 31, Anklamer Str. 33
Gegr. 1871
Telephon: Humboldt 5162, 9852.

Lindow [1167]
Eisenwaren
Berlin N 85, Chaussee 11, 68, D 1, Nordsee 949-91

Groß-Destillation
Richard Kuhlisch
Frenzlauer Allee 173 und
Kolonie Jungfernhöhe, Ostseestraße
Bötzow-Biere - Pilsener Urquell
Familienaufenthalt
Vereinszimmer noch frei.



Hermann Lorenz
Invalidenstraße 161
Kaffee :: Tee :: Kakao
Eigene Rösterei seit 1879

Ludwig Dorner
Berlin-Bohnsdorf
Zentralheizung
Sanitäre Anlagen
Banklempnerei
Ami Grönau 6165 [R. 132]

C. Laeske g.m.b.H.
Berlin O, Petersburger Platz 7
empfehlen täglich:
Schinkenhinterbeine
Schweinerippen
Rindfleisch
Querrippe Pfund 75 Pf.

Trinkt Mineralwasser
von
Gebrüder Lange
Berlin-Lichtenberg,
Wartenbergstr. 54, Fernsprecher E 5,
Lichtenberg 4187

Möbel-Kamerling
Kastanienallee 56
Ged. Spielz., eleg. Schlafz., wohn.
decken, apart. Küchen, Dolmen,
Flur-, Korb- und Ruhbaumöbel,
Büchereiaut., Spottz., Schilddrüseneisen

Auguststraße 24-25
Bühlers Ballhaus
Clärchens Witwenball
Täglich außer Montag [116]

Kalter Kuß das beste Eis
in Schokolade

Achtet auf die aufgedruckten Preise

Weist Nachahmungen zurück

Fritz Muth
Buttergroßhandlung
Filialen
in allen Stadtteilen

Max Gräbner
Berlin O 34, Petersburger Straße 26
Telephon: Königstadt 119
Obst- u. Gemüseversand
en gros und en detail

Bandagist Lange

Krankenartikel
Bandagen
orthopädische Apparate
medizinische Gerätschaften
Lieferant für Behörden und
Krankenkassen
Eigene Fabrikation
Fernruf: Humboldt 1904 [127]

BERLIN N 54, BRUNNENSTRASSE 166

A. Läckemäcker
Optisches Institut
91 58, Schönhauser Allee 136
Lieferant für sämtl. Krankenkassen

Farben - Lacke
Tapeten - Linoleum
engros Spezialhaus en detail
Wilh. Beischlag
115 Lychener Str. nur 115, D 4, Humboldt 6028

Gläß & Ihle [136]

Maschinenbau- und Reparatur-Werkstatt
für graphische Maschinen

Berlin SW 68, Simeonstraße 11
Tel.: Dönhoff 4204 Nachruf: Boerwald 2572

OPTIK - PHOTO
Battré staatlich
geprüft [R. 138]
Berlin-Weißensee, Berliner Allee 241
Ecke Tassostraße - Telephon: Weißensee 284
Lieferant für alle Krankenkassen

Butter-Heinze

F. Perling
Heringsräucherei
engros - endetail
Berlin O 17, Lange Straße 51



Gegen Infektion
In allen einschlägigen Geschäften erhältlich

Pharussäle und Bierhallen
N 85, Müllerstraße 142 - Hansa 645
Säle für Versammlungen u. Vereine bis 1500 Personen Fassend
In den Bierhallen jeden Abend Unterhaltungsmusik
5 Verbands-Regelabonn., vollständig renoviert.

Das reine Roggenbrot
Echtes Kommißbrot

Feronia-Brotfabrik
Gebrüder Nagen
Berlin-Schmargendorf, Salzbrunner
Straße 18/20, Fernspr. Brabant 1418

DEUTSCHE
BAUHÜTTE
G. m. b. H.

Hoch- und Tiefbau
Eisenbeton, Beton
Eigenes Architektur-
und Ingenieurbüro

Berlin C 2, Burgstraße 21
Telephon: E 1, Berolina Nr. 5941 - Nach-
ruf nach 5 Uhr: E 1, Berolina 3557 -
Für Ferngespräche: E 1, Berolina 2920

August Krauss [R. 145]
Spezial-Bauausführungen:
Drahtputz-, Zug- und Bildhauerarbeiten
Bin. - Tempelhof
Germaniastr. 145
Tel.: Söding 9001

Der Norden kauft nur
Kohler-Brote

Das große Landbrot
Das gute M.-K.-Vitaminbrot

vom Berliner Bloch. Verein / Tel.: Weißensee 100

Humboldtmühle Akt.-Ges.
Berlin.
Berlin C, Burgstraße 26. - Telephon: Norden 2082-84. [149]
Roggenmehle: „Schloßmarke“, „Humboldtmarke“
Weizenmehle: „Mercur 000“, „Mercur Spez. 0“
Auszugmehle: „Wiener“, „Oceana“, „California“

„Hawag“ [R. 7]
Heizung, Lüftung, Be- und Entwässerung
NO 18, Landsberger Str. 92, Tel.: Alex. 9130/1

Fleisch- und Wurstwarenfabrik
ERNST PRAEBENER

Hauptgeschäft: Berlin N., Schönwalder Straße 18
Zweiggeschäfte:
Weddinghalle, Stand I / Müllerstraße 180
Schönhauser Allee 72a / Wilmersdorf, Berliner Str. 1 [500]

Wurst Hauser Butter
Moabiter Halle
Stand 259-263 [137] Stand 259-263

Leske & Slupecki
Schönhauser Allee 70c, Ecke Stargarder Straße
Herren- und Knaben-Bekleidung
fertig und nach Maß
Berufsbekleidung für jedes Gewerk

Malerhütte
Berlin G.m.b.H.
FORMALS MALEREIGENOSSENSCHAFT GEGRÜNDET 1812
NO 18, LANDSBERGER ALLEE 38-39
FERNSPR.: E 4 ALEXANDER 5628-30
ALLE MALERARBEITEN [196]
MOEBEL- UND AUTOLACKIERUNG

RESTAURANT [200]
„MÜNZHOF“
Münzstr. Ecke Dragonerstr.
Warme Küche + Gut gepflegte Biere + Ab 12 Uhr mittags Konzert
Stimmung! Humor!

Märkischer Fleischkonsum
Hermann Pohle [114]
Palisadenstr. 29 Strausberger Str. 34

Mako-Leibwäsche
ist für jeden Berufstätigen die gesündeste. Kein Käsegefühl beim
Schwitzen, daher keine Erkältung und kein Rheuma, ausgesprochene
Fähigkeit, den Schwül aufzusaugen.
Die außerordentliche Halbarkeit wird Sie überraschen. Sie
werden sich nicht mehr zu jedem Weihnachts- oder Geburts-
tag Wäsche wünschen, sondern alle 3, vielleicht sogar alle 10 Jahre.
Kein Filzen, kein Einlaufen in der Wäsche, kein Aufgehen der Nähte
oder Maschen, nach jeder Wäsche immer weich wie Seide. Kein
Krätzen oder Jucken des Körpers.
Nur das Gute ist das wirklich Billige
Besuchen Sie uns bitte oder schreiben Sie uns. Unser Ver-
treter besucht Sie unverbindlich. Viele Ihrer Kollegen sind seit
Friedenszeiten unsere Kunden - Warum nicht auch Sie? Zahlungs-
weise nach Ihren Wünschen. Anfertigung nach Maß für jede Figur.
Spezialabteilung für Prothesenträger.
Heffmann & Feder, Berlin SW 19, Wallstraße 85
Spezialversand für Gesundheitswäsche
Vorzeiger dieses Inserats erhält einen Rabatt von 10%

JPSO-BATTERIEN
In jeder Elektro- und Fernsprech-
Anlage